

Aufbruch 89 - Neues Forum

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökonomische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zu Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform FÜR DIE GANZE DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen

NEUES FORUM

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend

der VO vom 6. 11.1975 über die "Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen" (GBII, Nr. 44, S. 723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen. Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an der Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.

Die Zeit ist reif!

Die Erstunterzeichner:

Michael Arnold, Student, Leipzig; Bärbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Bohley, Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal; Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath, Student, Berlin; Olaf Freund, Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Grünheide; Alfred Hempel, Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich, Jurist, Eisenhüttenstadt, Jan Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg, Martin Klähn, Bauingenieur, Schwerin; Katrin Menge, Hochbauingenieur, Berlin, Dr. Reinhard, Meinel, Physiker, Potsdam; Otto Nickel, Drechsler, Dresden; Dr. Christine Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhard, Dumb, Krankenpfleger, Berlin; Dr. Eva Reich, Ärztin, Berlin; Prof. Dr. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt, Pfarrer, Coswig; Reinhard Schult, Betonfacharbeiter, Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl, Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschärpe [sic!], Physiker, Potsdam; Hans Jochem Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht, Dresden;

Aufruf

Für unser Land

Ain Aufruf von 31 DDR- Bürgern, die für den Erhalt der DDR plädieren.

Die Endfassung des Textes stammt von Christa Wolff, verlesen wird der Text auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin (28.11.1989) von Stefan Heym.

Für unser Land

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemaßt, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluß zu nehmen, die sich als Auswege aus der Krise anbieten.

Entweder

können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder

wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Hoffnung und unsere Sorge teilen, rufen wir auf, sich diesem Appell durch ihre Unterschrift anzuschließen.

Berlin, den 26. November 1989

*Götz Berger, Rechtsanwalt; Wolfgang Berghofer, Kommunalpolitiker; Frank Beyer, Regisseur; Volker Braun, Schriftsteller; Reinhard Brühl, Militärhistoriker; Tamara Danz, Rocksängerin; Christoph Demke, Bischof; Siegrid England, Pädagogin; Bernd Gehrke, Ökonom; Sighard Gille, Maler; Stefan Heym, Schriftsteller; Uwe Jahn, Konstruktionsleiter; Gerda Jun, Ärztin/Psychotherapeutin; Dieter Klein, Politökonom; Günter Krusche, Generalsuperintendent; Brigitte Lebentrau, Biologin; Bernd P. Löwe, Friedensforscher; Thomas Montag, Mediziner; Andreas Pella, Bauingenieur; Sebastian Pflugbeil, Physiker; Ulrike Poppe, Hausfrau; Martin Schmidt, Ökonom; Friedrich Schorlemmer, Pfarrer; Andree Türpe, Philosoph; Jutta Wachowiak, Schauspielerin; Heinz Warzecha, Generaldirektor; Konrad Weiss, Filmemacher; Angela Wintgen, Zahnärztin; Christa Wolf, Schriftstellerin; Ingeborg Graße, Krankenschwester
Walter Janka, der - wie bekanntgegeben wurde - aus organisatorischen Gründen an der Pressekonferenz nicht teilnehmen konnte - stimmt dem Aufruf zu, hat diesen noch nicht unterzeichnet.*

Erschienen in: Neues Deutschland vom 29.11.1989, S. 2

30 Jahre Hausbesetzungen in Ostberlin: Der Sommer der Anarchie

Vor 30 Jahren wurden erste Häuser in Ostberlin besetzt – auch die Linienstraße 206, eine Art Denkmal für die linke Szene. Ex-BesetzerInnen erzählen.

Ein Artikel von Uwe Rada aus der Printausgabe der taz berlin am wochenende, Ostern 2020.

...

Eine Art Denkmal ist die Linienstraße 206 auch für die linke Szene. Kurz nach dem 1. Mai 1990 wurde das Haus an der Ecke Kleine Rosenthaler Straße, wie die Todtengasse inzwischen heißt, besetzt. Die bemalten Fassaden sind noch heute zu sehen, ein irritierender Kontrast zur durchgestylten Spandauer Vorstadt in Mitte. Und eine Aufforderung, sich noch einmal zu erinnern an eine Zeit, in der in Ostberlin (fast) alles möglich war.

Der lange Sommer der Anarchie begann eigentlich schon im Winter. Am 22. Dezember 1989 hängten die Bewohnerinnen und Bewohner der Schönhauser Allee 20 in Prenzlauer Berg Transparente aus ihren Fenstern – und machten ihre bis dahin stille Besetzung öffentlich. Es war ein Signal an andere, es ihnen gleichzutun. Bis zum Februar 1990 zählte der *Telegraph*, die Zeitschrift der linken DDR-Opposition, 20 besetzte Häuser. Die meisten von ihnen befanden sich in Prenzlauer Berg. In Friedrichshain waren zu diesem Zeitpunkt nur zwei Häuser besetzt, in Mitte sogar nur eines. Es war die Köpenicker Straße 137, die der *Telegraph* eine „Ost-West-Besetzung“ nannte. Eine zweite gemischte Besetzung gab es in der Kastanienallee 85/86.

Erstmals beteiligten sich damit auch Leute aus Westberlin an den Besetzungen. „Diese Westbesetzer legten auch noch bedachte Zurückhaltung an den Tag“, lobte der *Telegraph* in einem Beitrag von 1995. „Sie zollten dem Umstand Rechnung, dass sie in einem fremden Land mit ihnen völlig fremden Verhaltensweisen eine kleine Minderheit waren.“

Doch bald wurde aus der Minderheit eine Mehrheit, und daran war die Oppositionszeitschrift, die aus dem *Umweltblättern* hervorgegangen ist, nicht ganz unschuldig. Im April verfasste der *Telegraph* einen Aufruf an „Frauen und Männer aus Ost und West, sich diese Häuser zu nehmen, bevor es zu spät ist“.

„Diese Häuser“, das waren vor allem Gründerzeithäuser in Friedrichshain, darunter auch in der Mainzer Straße und der Rigaer Straße, die statt der Kommunalen Wohnungsverwaltung eine Tochter der „Neuen Heimat“ sanieren und bewirtschaften sollte. Der Aufruf erschien auch im Westberliner Szeneblatt *Interim*.

Nach dem Aufruf machten sich auch eine Gruppe von Studierenden des Otto-Suhr-Instituts, der Geschichtswerkstatt Lichtenrade und anderen Leuten, die sie kannten, auf die Suche. Und fanden schließlich das Haus des ehemaligen Tischlers namens Springer. Am 5. Mai 1990 wurde die Linienstraße 206 besetzt. Sehr zum Missfallen einer Ostberliner Genossenschaft, die das Haus in der Spandauer Vorstadt vor dem Abriss gerettet hat und selbst nutzen wollte.

Anfang Mai waren in Ost-Berlin bereits 50 Häuser besetzt. Bis August stieg die Zahl auf 120. Die Hoffnung des *Telegraph*, dass es wie in der „Köpi“ und der Kastanienallee zu weiteren „Ost-West-Besetzungen“ kommen würde, erfüllte sich freilich nicht. „Die Massenbesetzungen wurden fast ausschließlich von Westberlinern vollzogen“, hieß es bald im *Telegraph*. „Durch diesen Umstand kippte das Verhältnis Ost-West völlig in Richtung Westbesetzer.“

Auch die „Linie“ war ein reines Westhaus. Doch ihre Bewohnerinnen und Bewohner gingen ein Experiment ein. Zusammen mit der Lottumstraße 10A, einem reinen Osthaus, gründete sie einen gemeinsamen Verein namens „Flotte Lotte – flinke Linke“. Bald unternahmen die Besetzer aus beiden Häusern gemeinsame Ausflüge ins Umland und an die Ostsee. Bis heute ist dieser Ost-West-Kontakt der beiden „Schwesterhäuser“ geblieben.

Als im November 1990 die Mainzer Straße geräumt wurde, bekam die Linienstraße neue Bewohner. Sie nahm junge Antifas der „Jugendfront“ auf, die zuvor in der Mainzer gelebt hatten. Fortan war in der „Linie“ scherzhaft von den „Kleinen“ und den „Erwachsenen“ die Rede.

Die Räumung war ein Schock für die Ostberliner Besetzerbewegung. Der „B-Rat“ der Besetzerinnen und Besetzer war zu diesem Zeitpunkt längst gescheitert, unter anderem am Ost-West-Konflikt. In Prenzlauer Berg verhandelte ein runder Tisch über Verträge mit den Wohnungsbau-gesellschaften. Andere Häuser in anderen Bezirken versuchten ebenfalls zu retten, was zu retten ist.

Auch die Linienstraße 206 bekam 1991 Verträge. Die bewahrten die Bewohnerinnen und Bewohner im Mai 2016 aber nicht vor einer Teilräumung. Für eine Wohnung und einen Gemein-schaftsraum hatten die Eigentümer, zwei Berliner Geschäftsleute, einen Räumungstitel erwirkt. Danach war die Linienstraße in eine Art Dornröschenschlaf gefallen. Inzwischen aber haben sie neue Bewohner wieder zum Leben erweckt. Hinter der bröckeligen Fassade rumort es also wieder. Auch neue Kontakte in die Nachbarschaft wurden geknüpft, heißt es von den Besetze-rinnen und Besetzern. Fast klingt es, als ließe sich die Zeit noch einmal zurückdrehen.

Das Klassentreffen

Dreißig Jahre nach der Besetzung der Linienstraße 206 erinnern sich zehn Besetzerinnen und Besetzer an die Zeit, in der alles möglich war, an die ersten Ost-West-Beziehungen und an ihr Leben nach dem Besetzen (gekürzt)

Rüdiger: Als Nico und ich reingingen, staunten wir, dass es besenrein war. Wir haben uns ge-fragt, warum das so ist. Später haben wir erfahren, dass sich da schon eine Genossenschaft drum gekümmert hat, die das Haus vor dem Abriss gerettet hat. Die hatten die Sprengung verhindert, haben die Sprenglöcher zugeschmiert und auch ein Schloss rangemacht, was bei uns aber nicht mehr da war. Später gab es mit der Genossenschaft eine Auseinandersetzung. Die wollten das Haus wieder zurück haben. Da haben sich auch Vermittler aus der Besetzerszene und der Politik eingeschaltet. Das Ende vom Lied war dann, dass die Genossenschaft zugestimmt hat, dass wir da bleiben.

Nico: Als wir gesehen haben, dass das Schloss offen war, haben wir ganz schnell ein Treffen im Mehringhof gemacht. Da haben wir beschlossen, am nächsten Tag gesammelt reinzugehen. Das war dann am 5. Mai 1990.

Rüdiger: Ich war 26. Die Gruppe, die das Haus besetzt hat, ist über Jahre hinweg über bestimmte Kleingruppen entstanden. Es war klar, dass wir zusammenwohnen wollten. Gleichzeitig gab es Diskussionen darüber, ob es legitim ist, in Ostberlin Häuser zu besetzen.

Sönke: Ich war auch 26 und wohnte mit Rüdiger in einer WG. Es war also keine unmittelbare Wohnungsnot, aus der heraus wir besetzt haben. Eher war es so, dass Teile der Westberliner Szene nach Ostberlin in dieses Vakuum ausgewichen sind und es nach und nach gefüllt haben. Ich gehörte zu einer Gruppe aus Lichtenrade, die dort bei der Geschichtswerkstatt aktiv war. Viele andere kamen vom Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin.

...

Als Westler im Osten

Nico: Ich fühlte mich fremd im Osten. Auch in dem Frauenhaus, in dem ich arbeitete, war ich die Einzige aus dem Westen. Da hatte ich schon das Gefühl, wir rücken denen auf die Pelle und nehmen ihnen weg, was ihnen zusteht.

Sonja: Für mich war leben in Ostberlin in Geschichte eintauchen. Man hat ja noch den Krieg gesehen, überall die Einschusslöcher. Der Westen war schon viel glatter.

Nico: Wenn ich mit dem Fahrrad über die Museumsinsel fuhr, habe ich mich wie in einem Film gefühlt, der in den zwanziger Jahren spielt. Es war zwar kaputt, aber sehr charmant.

Markus: Vor der Besetzung war ich erst zweimal in der DDR gewesen. Einmal war es eine organisierte Reise nach Weimar und Buchenwald. Und einmal haben sie uns auch nicht reingelassen. So als Szene galtest du in den Augen der Grenzer als anarchistisch.

Oliver: Dass ich plötzlich in Ostberlin lebte, war fremd, erfreulich fremd. Wir haben ja das Abenteuer gesucht, und das war schon abenteuerlich. Alleine die Grenzkontrollen am Rosenthaler Platz, wenn du das ganze Baumaterial dabei hattest. Aber da war auch die Energie, alles was leer war, zu füllen, etwas zu gestalten, zu formen. In Kreuzberg oder Charlottenburg ging das nicht mehr, das ging nur in Ostberlin.

David: Ich war vorher schon viel in Ostberlin. Mein Vater war Verwaltungschef der Ständigen Vertretung. Ich hatte also ein Diplomatennummernschild an meinem Motorrad und bin überall rumgefahren. Damals war die Grenze noch präsent, dieser repressive Staat, die Stasi, was darf man, was nicht? Und dann ist plötzlich dieser Staat weg.

Linien- und Lottumstraße

Nico: Der Kontakt zur Lottumstraße ist so entstanden, dass wir einfach zu denen gegangen sind. Das fing ganz klein und nachbarschaftlich an. Wir waren uns sofort sympathisch. Das hat gefunkt. Vielleicht auch, weil wir nicht als Besserwessis aufgetreten sind.

Rüdiger: Die Lottum hatten wir schon vor der Besetzung kennengelernt. Die haben uns dann auch motiviert, die Linie zu besetzen. Haben gesagt, das sei okay und kein imperialistisches Verhalten dem Osten gegenüber.

...

Sonja: Und dann haben wir den gemeinsamen Verein gegründet: „Flinke Linke – flotte Lotte“.

...

Nico: Ich war tierisch neugierig, wie das Leben für die in der DDR war und ist. Wenn man in ein anderes Land kommt, ist man auch erst mal höflich. Vielleicht war das einer der Unterschiede. Die waren ein reines Osthaus und wir waren ein reines Westhaus.

Pari: Im Osten war fremde Welt. Die Lottumstraße hat uns diese fremde Welt erklärt. Das war auch spannend, was uns als Frauenetage betraf. Wir waren alle ein bisschen theoretisch, so Feministinnen eher vom Kopf her, aber am Ende vielleicht doch etwas verklemmt. Als wir mit den Lottums nach Hiddensee gefahren sind, sind die alle nackig rumgerannt, und wir Frauen dachten, oh Gott, Scham.

....

Der Sommer der Anarchie

Oliver: Das war ein magischer Sommer für mich. Absolut magisch, das ist das, woran ich mich am deutlichsten erinnere. Dass Michl plötzlich einen Ello von der NVA kauft, der vorne noch 'ne Luke hatte, durch die man mit dem Maschinengewehr schießen konnte. Mit dem sind wir dann an die Brandenburger Seen gefahren. Ein unsagbares Freiheitsgefühl.

...

Der Ruf der Linie als Polithaus

...

Sönke: Was heute aus der Spandauer Vorstadt geworden ist, konnte man sich damals aber nicht vorstellen. Die Veränderungen haben wir aber wahrgenommen. Wir selber kamen ja aus politischen und sozialen Bewegungen. Plötzlich gab es da aber eine Kulturalisierung, auch in den Konflikten, die stattfanden. Wie haben wir uns zum Beispiel geärgert, dass das Tacheles ganz schnell einen Vertrag machen wollte. Das waren die Vorboten. Aber natürlich waren auch wir Pioniere der Gentrifizierung.

Markus: 1997 bin ich dann ausgezogen. Da waren viele von den Erstbesetzern schon weg. Neue Leute sind gekommen, und es wurde immer lauter. Bei offenen Fenstern konnte man nicht mehr schlafen, weil auf den Straßen Partys gefeiert wurden und ständig das Kreischen der Tram zu hören war. Alle zogen plötzlich nach Mitte, ständig öffneten neue Clubs.

Oliver: Wenn ich heute zurückschaue, war die Zeit in der Linienstraße vor allem eine praktische Erfahrung, Dinge zu organisieren zum Beispiel. Wir waren damals auch gut darin, Papiere zu schreiben. Aber wir wollten damals auch cool sein. Wir wollten Spaß haben, und das hatten wir auch.

Nico: Ich hab daraus fürs Leben gelernt. Ich hab gelernt zu diskutieren, mich auszudrücken, mich durchzusetzen. Und dann war da diese Freiheit. So was wird nie wiederkommen. Wenn ich an meine Kinder denke, so was werden die nie erleben. Das war ein Geschenk.

Wie aus WBA „Wir bleiben alle!“ wurde

Von den Anfängen der Mieterselbstorganisation in Prenzlauer Berg bis hin zu großflächigen Protesten

Von Peter Nowak

Der Slogan „Wir bleiben alle!“ oder auch das Kürzel WBA ist heute kaum wegzudenken, wenn sich Mieter/innen wehren oder Stadtteilaktivist/innen auf die Straße gehen. Fast vergessen ist, dass es sich dabei um ein Erbe der DDR handelt.

Die Abkürzung WBA stand in der DDR für Wohnbezirksausschuss. Es handelte sich dabei um eine untere Gliederungseinheit der Nationalen Front, dem Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Der WBA wurde von den Einwohner/innen des jeweiligen Wohnbezirks gewählt und erfüllte eine Doppelrolle. Auf der einen Seite konnte er rätendemokratische Züge annehmen und aktiven Bürger/innen die Möglichkeit zur Mitgestaltung bieten. Auf der anderen Seite erfüllte er auch die Rolle eines Kontrollorgans. Was von beidem überwog, lag stark an den Menschen, die in ihm aktiv waren.

Der damalige Grünen-Politiker Matthias Klipp verglich die Wohnbezirksausschüsse in einem Interview mit der taz im Jahr 2009 gar mit den Betroffenenvertretungen in Sanierungsgebieten. Doch dieser Vergleich passt nur sehr bedingt, wie auch die eigene politische Biografie Klipps deutlich macht. Er war selbst Mitglied eines WBA in Prenzlauer Berg und wurde von diesem im Frühjahr 1989 zu den Kommunalwahlen aufgestellt. Wie er als damaliger linker Oppositioneller auf die Wahlliste der Nationalen Front kam, schildert er in dem Interview so: „Ich war damals unter anderem im Friedenskreis der Gethsemane-Gemeinde tätig und habe die Arbeitsgruppe Strafrecht geleitet. Wir haben die Gesetze der DDR analysiert und festgestellt, dass die Wohnbezirksausschüsse eigene Kandidaten aufstellen können. Das hatte nur keiner vorher gemacht.“ So wurde Klipp in die Stadtbezirksversammlung von Prenzlauer Berg gewählt und war damit der erste oppositionelle Abgeordnete in der DDR vor der letzten Volkskammerwahl im März 1990.

Der WBA 56 in der Oderberger Straße, der Klipp zur Kommunalwahl aufgestellt hatte, war seit Mitte der 80er Jahre in der Hand der linken DDR-Opposition. Ein Hauptanliegen der im WBA Aktiven war die Verhinderung des Abrisses von Altbauten in der grenznahen Gegend um die Oderberger Straße. Der größte Erfolg aber war die Schaffung des sogenannten Hirschhofs. Es handelt sich dabei um den Innenbereich des größten Straßenblocks in Prenzlauer Berg, gelegen zwischen Kastanienallee, Oderberger und Eberswalder Straße. Anwohner/innen legten dort, unterstützt vom WBA, mehrere Brachen zusammen. Das Areal wurde fortan als Stadtteiltreffpunkt genutzt. Eine Freiluftbühne wurde errichtet und es gab Theater- und Filmvorführungen sowie regelmäßig im Sommer ein großes Hirschhoffest. Den Namen hat der Hirschhof von seinem Wahrzeichen, einem aus Schrottteilen zusammengeschweißten Hirsch.

Während die Stasi das Treiben argwöhnisch beobachtete und einige Meter Akten anlegte, unterstützten die Kommunalbehörden den Stadtteilgarten – auch finanziell. Mitunter war gar von einem Bündnis zwischen Bürgerinitiativen und lokaler Staatsmacht die Rede. Möglich war das nur, weil die Flächen kein Privateigentum waren, was auch den meisten Aktivist/innen des WBA klar war, deren Ziel zwar ein Ende der autoritären Strukturen in der

DDR, aber keineswegs eine Restauration des Kapitalismus oder eine Vereinigung mit der BRD war.

Keimzelle des Mieterwiderstands

So entwickelte sich aus dem ehemaligen WBA in den frühen 90er Jahren ein Aktionsbündnis, das zu einem Kristallisationspunkt des Widerstands gegen die beginnende Vertreibung wurde. Das Kürzel WBA wurde beibehalten, doch nun stand es für „Wir bleiben alle!“. Unter diesem Slogan demonstrierten am 9. September 1992 über 20.000 Menschen gegen die anstehende Erhöhung der Mieten in Ost-Berlin. Viele trugen den Slogan „Wir bleiben alle!“ in den Umrissen eines Hauses auf selbst gemalten Schildern. Die besondere gesellschaftliche Breite der WBA-Mobilisierung war der allgemeinen Unsicherheit geschuldet, die angesichts der Aufhebung der Mietpreisbindung und der Übertragung der Wohnungsbestände an Alteigentümer und Wohnungsgesellschaften bestand. Das 1995 beschlossene Mietenüberleitungsgesetz (MÜG) besiegelte schließlich die Vereinheitlichung der mietrechtlichen Bestimmungen durch das Bundesrecht.

In der DDR hatte es Probleme beim Zugang zu einer Wohnung oder bei Umzugswünschen gegeben – die Vorstellung jedoch, dass eine so existenzielle Angelegenheit wie das Wohnen von rein ökonomischen Kriterien bestimmt werden könnte, lag schlicht außerhalb der Vorstellungskraft vieler Menschen. Der WBA in der Oderberger Straße war durch seine erfolgreiche Stadtteilarbeit in der DDR zu einem Organ geworden, das diesen Protest organisieren konnte. Er war jedoch nicht der einzige. Im Lichtenberger Nöldnerkiez rund um die Pfarrstraße besetzten 1981 Nachbar/innen eine ehemalige Apotheke und gründeten den Jugendclub Neues Arbeitszentrum Pfarrstraße (N.A.Pf.). Später wurde er in Klub der Werktätigen umbenannt und schließlich sogar von der SED unterstützt und mit öffentlichen Geldern finanziert. Auch auf stadtpolitischem Gebiet hatte der dortige WBA Erfolg. Kurzfristig wurden die schon fast beschlossenen Abrisspläne geändert und im Nöldnerkiez Häuser saniert. Obwohl der Klub der Werktätigen und die Arbeit des WBA in der Nöldnerstraße über fast 10 Jahre den Kiez geprägt hatten, ist ihre Geschichte schnell in Vergessenheit geraten. Nach der Wende zerstreuten sich die Menschen schnell in alle Winde, die neuen Anforderungen des kapitalistischen Alltags forderten ihren Tribut. In Prenzlauer Berg dauerte dieser Prozess länger.

Kapitalistische Landnahme nach 1989

In der ersten Hälfte der 90er Jahre hatte der ehemalige WBA dort noch einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung der Straße. Natürlich blieben auch interne Zwistigkeiten nicht aus, die bis in die Zeit der DDR-Opposition zurückreichten. Als der langjährige WBA-Aktivist Bernd Holtfreter als Parteiloser auf der Liste der PDS 1995 für die Wahl ins Abgeordnetenhaus kandidierte, bekam er eine ungewöhnliche Unterstützung. „Wählen Sie diesen Mann. Dann sind wir ihn endlich los“, stand auf Plakaten, die von libertären Kräften aus dem WBA in seinem Wahlkreis geklebt wurden. Holtfreter wurde dreimal wieder gewählt und behielt sein Mandat bis zu seinem frühen Tod im Jahr 2003. Die Zeitung „Horch und Guck“ schrieb in ihrem Nachruf: „Vor allem auf Bernds Betreiben erfolgte die Unterwanderung des offiziellen Wohnbezirksausschusses (WBA) der Nationalen Front in der Oderberger Straße, dessen Vorsitzender er 1987 wurde und den er gemeinsam mit anderen in eine basisdemokratische Bürgerinitiative umfunktionierte. Insbesondere bleibt sein Name damit verbunden, dass es dieser Bürgerinitiative und einer bald darauf nach ihrem Vorbild gegründeten zweiten in der nahe liegenden Rykestraße gelang, die von der SED geplante Abriss-Sanierung in Prenzlauer Berg zu verhindern (...). Als nach der Wiedervereinigung die

von der SED geschaffenen Probleme durch die Probleme der kapitalistischen Umstrukturierung des Ostens abgelöst wurden, in deren Gefolge eine verstärkte Mietervertreibung aus seinem Kiez begann, stand Bernd wieder an vorderster Stelle bei der Organisation von Gegenwehr.“

Die Trauerfeier für Holtfreter fand im Stadtbad Oderberger Straße statt, das der WBA zu einem Zentrum für den Kiez machen wollte. Heute ist es ein Nobelrestaurant und passt gut zu einem Viertel, in dem die Bevölkerung seit den frühen 90er Jahren fast vollständig ausgetauscht wurde.

Auch der Hirschhof war über mehrere Jahre nicht mehr zugänglich, weil die dort wohnenden, vermögenden Eigenheimbesitzer den Zugang verweigerten. Das Berliner Oberverwaltungsgericht hatte 2011 entschieden, dass das Areal keine öffentliche Fläche ist und daher durch Zäune getrennt werden kann. Seit 2011 wurde ein „Neuer Hirschhof“ errichtet, ein Platzhaus und ein öffentliches Café sind im Bau. Dass dort noch an den alten WBA erinnert wird, ist unwahrscheinlich. Aber das macht nichts, schließlich gibt es eine viel bessere Würdigung: Das Kürzel WBA als Vermächtnis einer Opposition gegen autoritäre Strukturen in der DDR und gegen die kapitalistische Landnahme nach 1989 ist auch aus heutigen Mieterkämpfen nicht mehr weg zu denken.

Peter Nowak ist Journalist. Im Herbst 1990 besetzte er als zugezogener Westler eine Wohnung in der Oderberger Straße in Prenzlauer Berg, in der er 13 Jahre lebte.

Ost-Berlins MieterInnen machen mobil

■ MieterInnen aus Prenzlauer Berg organisieren Demo gegen die geplanten Mieterhöhungen im Osten/ Kritik an lahmen Mieterverbänden/ StudentInnen mit Bafög bleiben rund 250 Mark zum Leben (taz, 3.7.1992, S. 18)

Prenzlauer Berg. MieterInnen aus dem Prenzlauer Berg wollen die geplante zweite Mieterhöhung für Ostdeutschland in letzter Minute zu Fall bringen. »Wir können mit unseren Ost-Löhnen, Ost-Renten, Ost-Arbeitslosen- und ABM-Geldern keine West-Mieten bezahlen«, heißt es im Aufruf zur Demonstration am kommenden Mittwoch um 18 Uhr vor dem Roten Rathaus. Der Berliner Senat wird aufgefordert, bei der Bundesratsabstimmung am 10. Juli gegen die »unsozialen« Mieterhöhungspläne zu stimmen.

Weil die Mieterverbände so lange geschlafen hätten, habe man den Widerstand selbst in die Hand genommen, erklärte Mietersprecher Bernd Holtfreter gegenüber der taz. Die Demo-Idee kam letzten Mittwoch auf einer Bürgerversammlung in der Eliasgemeinde in Prenzlauer Berg auf, an der rund 200 Leute teilgenommen hatten.

Beim Engagement der Prenzlauer Mieter können langjährige Politarbeiter aus dem Westteil nur staunen. In der Vorbereitungsgruppe trafen sich über sechzig Leute, selbst die Flugblätter wurden begeistert verteilt. Mittlerweile wird die Demo auch von der Mietergemeinschaft und dem Mieterverein unterstützt sowie von den Fraktionen Bündnis 90/Grüne und PDS, den Jusos und den IG Medien. »Die Mieterhöhungen gehen uns Ostberlinern an die Substanz«, erklärt sich Holtfreter die große Resonanz. Auch die Seniorenvereinigung »Herbstlaube«, der »Verband der Vorruehändler« und der »Verein der Gewerbetreibenden Prenzlauer Berg« hätten deshalb ihren Namen unter den Aufruf gesetzt.

Nach den Plänen von Bundesbauministerin Schwaetzer müssen ostdeutsche MieterInnen ab 1.1.93 mit einer verdoppelten Grundmiete rechnen. »Die Einkommensentwicklung hat sich nicht annähernd so entwickelt«, kritisierte Ulf Heitmann von der Bürgerberatungsgesellschaft IBIS. Mietersprecherin Petra Wolf bemängelte, daß die geplanten Mieterhöhungen wieder nicht an eine Zweckbindung zur Instandsetzung gekoppelt seien. Auch das Wohngeld könne die sozialen Belastungen der Mieter im Osten nicht auffangen, sagte Wolf: »Niemand weiß schließlich, wann die Sonderregelungen für den Osten wieder abgeschafft werden.«

Von den Mieterhöhungen besonders betroffen sind Studenten, die laut Gesetz kein Wohngeld erhalten dürfen. »Die Miete für meine 1-Raum-Wohnung steigt am 1. Januar von 275 auf 420 Mark«, klagt der TU-Student Robert Kludt. »Auch Wessis gehören mittelfristig zu den Leidtragenden«, ermuntert Petra Wolf auch die Charlottenburger und Kreuzberger, an der Demo vor dem Roten Rathaus teilzunehmen. Mit der erwarteten Durchschnittsmiete von 9 Mark pro Quadratmeter in Prenzlauer Berg würde der bislang nur für West-Berlin geltende Mietspiegel übertroffen, errechnete Wolf. Nach der Erstellung eines Gesamtberliner Mietspiegels könnten die Ost-Mieten dann als Begründung für Mieterhöhungen im Westen herhalten. Micha Schulze

Veröffentlicht am 18. Februar 2016

Berliner HausbesetzerInnen-Geschichte: Das Neo-Nazi-Haus Weitlingstraße 122 in Berlin-Lichtenberg

von Dietmar Wolf

Am 18. Februar 1990 besetzten Kader der Ostberliner Neo-Nazi-Partei „Nationale Alternative“ (NA) in Berlin-Lichtenberg mehrere Häuser. Von nun ab war ein Tabu innerhalb der rechten Szene gebrochen und Hausbesetzung nicht mehr allein Privileg linksorientierter Kräfte.

Die NA wurde von einer Gruppe Ostberliner Nazi-Skinheads am 30. Januar 1990 gegründet. In den 1980er Jahren nannte sie sich zunächst „Lichtenberger Front“ und später „Bewegung 30. Januar“. Nach der sogenannten „Wende“ erhielt die „Nationale Alternative“ große Unterstützung durch die österreichische „Volkstreue außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO) von Gottfried Küssel, sowie der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) um Michael Kühnen.

Zu den wichtigsten Gründungsmitgliedern und führenden Protagonisten der NA gehörten Ingo Hasselbach (ab Mitte der 1990er Jahre einer der bekanntesten AussteigerInnen aus der deutschen Neo-Nazi-Szene), Frank Lutz, Heiko Baumert und Andre Richert. Wenig später gehörte auch Oliver Schweigert, ein Westberliner Neonazi-Kader, zum Führungspersonal der NA. Schweigert, der seit den 1980er Jahren sehr aktiv war (FAP, GDNF-Bereichsleiter Ost, NSDAP-AO, Die Nationalen, usw.) und zu den wichtigsten Vertrauten von Michael Kühnen gehörte, hatte schnell großen Einfluss innerhalb der NA. Er war zeitweise der Vorsitzende der NA und der sogenannten „Bürgerinitiative Wohnraumsanierung e.V.“ (WOSAN), dem offiziellen Mieter der Weitlingstraße 122.

Heiko Baumert und Frank Lutz aus Ost-Berlin, waren Mitbegründer der Lichtenberger Front (1986), der Bewegung 30. Januar (1988). Beide wurden 1988 wegen ihrer Naziaktivitäten (Rowdytum, Störung des sozialistischen Zusammenlebens) zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, kamen aber nach der Wende, auf Grund einer Amnestie der Modrow-Regierung, vorzeitig aus dem Knast.

Sie gründeten zusammen mit Ingo Hasselbach und André Richert die Nationalen Alternative (1990). Lutz war der erste Vorsitzende der NA, Baumert war Schriftführer und unterschrieb den Vertrag zwischen der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) und der BI Wosan e.V. für die Weitlingstraße 122. Nach dem Ende der NA betätigten sich beide weiter, unter anderem in der FAP-Berlin.

Ingo Hasselbach Pfannschmidt aus Ost-Berlin, war Mitbegründer der Lichtenberger Front (1986), der Bewegung 30. Januar (1988), der Nationalen Alternative (Februar 1990), der Deutschen Alternative (war dort erster stellvertretender Vorsitzender). Hausführer im Nazi-Haus in der Lichtenberger Weitlingstraße, Führungskader der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)“. Gehörte über Jahre zum Führungskader der Deutschen Neonaziszene.

Anfang 1993 erklärte er seinen Ausstieg aus der Naziszene: „...Im November 1992 verbrannten nach einem Anschlag eine türkische Frau und zwei Kinder in einem Haus in Mölln. Ich erinnere mich noch, wie ich diese Nachricht in den Frühnachrichten im Radio hörte. Ich habe mich noch nie so klein und elend gefühlt. Die Geister, die ich mit meinen „Ausländer raus“-Parolen gerufen hatte, waren da. So brutal das klingen mag: Ich habe

diesen Urknall gebraucht, der Tod dieser drei unschuldigen Menschen war für mich der Weckruf, ins Leben zurückzukehren und gegen den Wahnsinn zu kämpfen...“ .

Aus Angst vor Rache, tauchte er unter. Erst in Paris und dann in New York: „... Kurz nach meinem Ausstieg bekam meine Familie eine an mich adressierte, fast ein Kilo schwere Buch-Bombe geschickt. Dass sie nicht explodierte, war Zufall. Die Batterie hatte sich auf dem Postweg entladen. Wäre sie hochgegangen, hätte es Tote gegeben ...“ .

André Riechert aus Ost-Berlin, gehört zu den Mitbegründern der Lichtenberger Front (1988). 1990 wurde er Pressesprecher der Nationalen Alternative und später Mitglied der DA und der GdNF. Obwohl es bald ruhig um ihn wurde tauchte er immer wieder auf verschiedenen Aufmärschen und Veranstaltungen der Naziszene auf, so zum Beispiel 1993 auf dem 1.Mai-Aufmarsch der FAP in Berlin-Lichtenberg.

Als Reaktion auf die Besetzungen der Neonazis am 18. Februar und als Ergebnis von Verhandlungen bot die Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) Lichtenberg den Neo-Nazis das Haus Weitlingstraße 122 (Ecke Lückstraße) als alternatives Objekt an. Am 5. März 1990 erhielten die Nazis der NA dann ein legales Mietverhältnis für die Weitlingstraße 122. Zur gleichen Zeit wurden die leerstehenden Häuser Weitlingstraße 115, 117 und Lückstr. 24, eher temporär, von Nazi-Kids aus dem Umfeld der Lichtenberger NA besetzt und frequentiert.

Das gerade diese Häuser besetzt wurden, hatte historische Hintergründe. Bereits 1986 wurden sie schon einmal von Nazis besetzt. Damals waren diese Wohnungen vorrangig an ehemalige Strafgefangene vergeben worden. Jedoch standen oft Wohnungen leer, weil Bewohner wieder ins Gefängnis kamen oder unbekannt verschwanden. In diese Wohnungen zogen damals Nazis ein und hielten die übrigen Bewohner über längere Zeit durch Gewalt unter Kontrolle. Aus Furcht vor Schlägen trauten sie sich nicht Anzeige zu erstatten. Erst durch die Anhäufung von Anzeigen und Beschwerden von Anwohnern anderer Häuser sah sich die Stasi genötigt, die besetzten Wohnungen zu räumen und die rechten Besetzer kurzzeitig festzunehmen.

Am 27. April 1990 stürmten, spektakulär und medial inszeniert, Sondereinsatzkräfte der (Ost-) Deutschen Volkspolizei (DVP) das Haus und durchsuchten es. Es wurden Waffen und Propagandamaterial beschlagnahmt. Der gesamte NA-Vorstand wurde kurzzeitig festgenommen. Grundlage der Polizeiaktion war ein Ermittlungsverfahren, dass zur gleichen Zeit gegen die NA eingeleitet wurde, als die KWV der Nazi-Partei das Haus übergab und dies auch vertraglich absicherte.

Antifaschistischer Widerstand und eine Demonstration gegen die Nazi-Häuser in Berlin Lichtenberg

Ab dem Zeitpunkt der legalen Übernahme des Hauses Weitlingstraße 122 durch die NA wurde das Haus zu einem der wichtigsten Zentren für Nazis in ganz Deutschland und im Ausland. Viele Nazikader, unter anderen Michael Kühnen, Christian Worch und Gottfried Küssel, besuchten und nutzten diesen Ort. Gleichzeitig war das Haus Ausgangspunkt für faschistische Aktivitäten und gewaltsame Überfälle auf besetzte Häuser, linke und alternative Kneipen, auf AusländerInnen und auf linke und alternative Menschen. Und dies nicht nur in Lichtenberg, sondern auch in anderen Berliner Stadtbezirken.

Dies nahm ein breites Berliner Bündnis zum Anlass, eine große Demonstration durch Lichtenberg und gegen das Nazi-Haus in der Weitlingstraße zu organisieren, die am 23. Juni 1990 stattfand.

Trotz umfangreicher Vorbereitungen und 41 Unterstützerguppen von Autonomen, Antifa-Gruppen bis hin zu Grünen, Vereinigte Linke und Jugendorganisationen, war die Demo zum überwiegenden Teil durch das autonome Spektrum geprägt. Schwarze Kleidung, vermurmelte Gesichter, Helme, optische Demoausrüstung aus jahrelanger Erfahrung mit Polizei und Kameras im Westen, aber auch der Angst vor den Faschisten. Die VertreterInnen und UnterstützerInnen aus dem Bürgerbewegungs- und Parteienspektrum glänzten mehrheitlich durch Abwesenheit. Wie auch heute immer wieder zu merken ist, heißt in diesen Organisationen, einen Aufruf mit zu unterstützen nicht automatisch, selbst zu mobilisieren, geschweige denn, persönlich zu erscheinen. PolitikerInnen solcher Organisationen ist offensichtlich die Unterschrift unter einen Aufruf antifaschistisches Bekenntnis genug. Folglich kamen lediglich 5000 Menschen, obwohl es gut und gerne Zehntausende hätten sein können. Das Ergebnis des Ganzen war ein sich militant gebärdender Schwarzer Block, der durch Lichtenberg zog und sich, entnervt von langweiliger Latscherei, mit gelegentlichen, vollmundigen und kampflüsternden Parolen gegen Nazis und Polizei, halbwegs bei Laune hielt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil fieberte dem Ende der Demo und dem erhofften Show-Down mit den Nazis oder zu mindestens mit der DVP entgegen. Doch dieses Ende wurde erst gar nicht abgewartet. An der dem Nazi-Haus am nächsten gelegenen Polizeisperre, einige hundert Meter vor dem Abschlusspunkt der Demo, hielt es die StraßenkämpferInnen nicht mehr in den Ketten. Etwa 500 „Militante“ ließen Demo Demo sein und versuchten den Volkspolizisten das zu geben, was sie den unerreichbaren Nazis, die auf den sicheren Häusernäusern feixend zusahen, nicht geben konnten. Allerdings war das auch nur eine Illusion. Nach anfänglicher Irritation seitens der DVP, die bis dahin kaum Erfahrungen mit entschlossenen militanten DemonstrantInnen hatte, sich erst einmal zurückzog und mehrere ihrer LKW's den Molotow-Cocktails der Angreifer überließ, schlug sie nur Minuten später die DemonstrantInnen zurück. Damit war der große Kampf schon beendet. Zum Glück war der größte Teil der DemonstrantInnen vernünftig genug, die Demonstration zu Ende zu führen.

Von rechts bis links boten die großen Zeitungen am Montag nach der Demo ihren Lesern die gleichen Schlagzeilen: „Die blutige Schlacht der West-Chaoten“ (Bild), „400 Radikale inszenierten blutigen Krawall“ (ND), „Extremistische Krawalle nach antifaschistischer Demonstration“ (Berliner Zeitung), „Am Ende siegte nur der Haß“ (Junge Welt). Derartige Ergüsse waren der Höhepunkt der Pressekampagne, mit der schon im Vorfeld versucht wurde, die Demo zu diskreditieren. Auch seitens der zuständigen Regierungsstellen wurde vorher alles versucht, um die Demonstration zu mindest einzudämmen. Erst versuchte der Stadtbezirksbürgermeister die Route umzulegen, in die Seitenstraßen zu drücken oder wenigstens möglichst weit weg vom Grund der Demonstration. Als das nicht klappte, wurden 2500 Volkspolizisten aufgeboden und das Gebiet um die Weitlingstraße weiträumig abgeriegelt.

Letztendlich muss man feststellen, dass es die, an dieser Stelle unnützen und kontraproduktiven militanten Aktionen während der Demonstration waren, die den medialen Hetzereien im Vorfeld und im Nachgang Recht gaben und Vorschub lieferten. Immerhin war die Demonstration nicht völlig umsonst gewesen. Der Druck gegen das NA-Haus in der Weitlingstraße 122 erhöhte sich zunehmend und trug wesentlich dazu bei, dass dieses Nazi-

Nest sehr bald aufgegeben werden musste. Einer der wenigen Erfolge, die durch eine hartnäckige und gruppenübergreifende Antifa-Arbeit erreicht wurde.

Das Ende des Nazi-Zentrums

Bereits Mitte der 1990er Jahre war der innere Zerfallsprozess in der Weitlingstraße 122, sowie innerhalb der NA im vollen Gange. Zum Bruch mit der GdNF war es bereits 1990 gekommen. Anlass war zum einen eine Diskussion über die Homosexualität von Michael Kühnen und zum anderen das von Kühnen durchgesetzte „Aktivitätsbeschränkungsgebot“ für die „Nationale Alternative“ auf Berlin. Ein Teil der Anhänger wechselte in die „Deutsche Alternative“ (DA). Aus der „Nationalen Alternative“ ging der „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten“ und die „Kameradschaft Sozialrevolutionärer Nationalisten“ hervor. Formell wurde die NA nie aufgelöst.

Das Haus Weitlingstraße 122 wurde im Laufe der 1990er Jahre von den Neo-Nazis selbst aufgegeben. Nach der freiwilligen Selbst-Räumung der Weitlingstraße 122 wurde das Haus durch Brandstiftung unbewohnbar gemacht.

Doch auch in den darauf folgenden Jahren blieb der Wohnkiez um die Weitlingstraße weiter in den Schlagzeilen. Immer wieder kam es dort zu rassistisch und politisch motivierten Angriffen von Neo-Nazis. Besondere Aufmerksamkeit erregten zwei Überfälle auf die damaligen PDS-Politiker Giyasettin Sayan am 18. Mai 2006 und Kirill Jermak am 26. November 2006.

Seit 2007 ist die Bundes- und Lokalpolitik mit gut dotierten Fördermittelprogrammen bemüht, die dortige Nazi-Problematik einzudämmen. Allein in den Jahren 2007 bis 2010 wurden jährlich 100.000 Euro zur Finanzierung eines „Aktionsplan gegen Gewalt und Rechtsextremismus im Weitlingkiez“ bereitgestellt.

Textquellen:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Weitlingkiez>

https://de.wikipedia.org/wiki/Nationale_Alternative

<http://www.antifa-nazis-ddr.de/n/ddr-nazis-fotos-und-fakten.php>

<http://www.squatter.w3brigade.de/content/geschichte/die-hausbesetzerbewegung-ost-berlin-teil2>

Drahtzieher im braunen Netz – Der Wiederaufbau der NSDAP, ID-Archiv im IISG (Hg.)

Jugendsenator gegen rechte Rockgruppen

2023

23.10.

92

■ Strafanzeige gegen rechtsextremes Plattenlabel / Neueste CD der Gruppe „Störkraft“ soll auf den Index / Auftritt im TV

Berlin. Jugendsenator Thomas Krüger (SPD) will dem zunehmenden Einfluß rechtsextremer Rockgruppen in der Jugendszene mit gesetzlichen Mitteln begegnen. Krüger kündigte gestern an, bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bonn die neueste CD der Gruppe „Störkraft“ auf den Index setzen zu lassen. Gleichzeitig stellte er gegen die Firma „Rock-o-Rama“ in Köln, die neben Störkraft auch weitere rechtsextreme Bands vertreibt, eine Strafanzeige wegen Aufstachelung zum Rassenhaß.

Bei der gestrigen Präsentation von Text- und Musikauszügen rechtsextremer Bands erklärte Krüger, es dürfe nicht geduldet werden, daß „wachsende Kreise der Bevölkerung, aber auch der rechten Szene den Eindruck gewinnen, der Staat wäre auf dem rechten Auge blind“. Es müsse allen klar vor Augen geführt werden, daß die Grenzen der Toleranz da verliefen, „wo die Würde des Menschen angetastet wird“. Ziel sei nicht, gegen die Musik an sich vorzugehen, sondern sich gegen Texte zu wehren, die „nicht mehr auf der Basis des Grundgesetzes stehen“.

Krüger warnte davor, die derzeitigen Tendenzen in der Jugendkultur zu verharmlosen. Gruppen wie Störkraft und andere erfaßten zunehmend mit ihren Forderungen nach einfachen Lösungen das

dem, sei eine „offensive Sicherheitspolitik“ nötig, die allerdings mit einer „Präventionspolitik“ verbunden werden müsse. In diesem Zusammenhang forderte Krüger eine übergreifende, modernisierte Jugendpolitik. Ziel müsse es sein, die gegenüber den Rechten „konkurrierenden Jugendkulturen“ mehr als bisher zu fördern. Dazu gehöre auch, ABM-Projekte, die sich mit Jugendlichen beschäftigen, am Jahresende nicht auslaufen zu lassen.

Krüger verteidigte die Berliner Linie, im Rahmen der Programms „Jugendgruppengewalt“ auch die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen zu unterstützen. Damit solle verhindert werden, daß „rechtsorientierte“ Jugendliche in die rechtsextreme Szene abwanderten: „Wir müssen aufpassen, daß wir nicht eine ganze Generation vergessen“, sagte er.

Gleichzeitig warnte er die Sozialarbeiter davor, von Rechtsextremen „unterlaufen und unterwandert“ zu werden. Auf keinen Fall dürften die Sozialarbeiter sich Inhalte rechter Jugendlicher zu eigen machen. Zur Überwachung der Projekte sei eigens eine Gruppe in seiner Senatsstelle eingerichtet worden. Die Gruppe Störkraft, die sich musikalisch an Punk anlehnt, wird inzwischen im Verfassungsschutzbericht aufgeführt, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz

Songs komme „unverhüllter nationalsozialistischer Rassismus und Nationalismus“ zum Ausdruck. Einen Eindruck vermittelten die gestern von Krüger und seinen Mitarbeitern präsentierten Text- und Musikauszüge. In dem Störkraft-Titel „Kampfhund“ wird das Töten von Minderheiten offen proklamiert: „Kampfhund, Bestie aus deutschem Blut... Schlechte Zeiten für den Abschaum im Land. Der Kampfhund hat sie fest in seiner Hand. Beben vor Angst stehst du vor der Mauer. Der Kampfhund liegt schon auf der Lauer; ohne Gnade und ohne Moral“. Andere Bands, wie etwa „Werwolf“, verpacken Zitate aus der Rede des früheren NS-Propagandaministers Joseph Goebbels im Sportpalast 1943 mit Parolen, wie sie heute von rechtsextremen Parteien verwendet werden. In einem Lied heißt es: „Volk steh auf, der Sturm bricht los, du siehst es selbst, der Haß ist groß. Wohnungsgelder, Arbeitsplatz bevorzugt werden sie in jedem Satz. Unser Recht, das steht schon längst in Frage, wir befreien uns von dieser Plage“. Aller öffentlichen Kritik zum Trotz plant der Fernsehsender Sat. 1, am 29. Oktober in seiner Live-Sendung „Einspruch“ eine rechtsextreme Rockgruppe mit anderen Musikern diskutieren zu lassen. Unter anderen, so hieß es gestern von Sat. 1., sei dabei auch an

BERLIN *Berlin*

Heißer Dampf

Kulturbrauerei will keine Neonazis auf ihr

Am Morgen nach der jüngsten „Einspruch“-Sendung hat die Kulturbrauerei, aus deren Kesselhaus der Fernsehstreit gesendet wird, ihren Vertrag mit Ulrich Meyer und Sat.1 fristlos gekündigt. Meyer hatte die rechtsextremen Rock-Bands „Störkraft“ und „Kraftschlag“ eingeladen. Die Kulturbrauerei sieht sich dadurch zum „Ort der Auseinandersetzung mit Neonazis“ mißbraucht. Ulrich Meyer pocht aber auf seinen Vertrag.

„Mensch, wir sitzen doch im gleichen Boot“, redet Egon Freiheit auf eine Mitarbeiterin der Kulturbrauerei ein, um sie vom Sinn der geplanten Auseinandersetzung vor einem Millionenpublikum zu überzeugen. Freiheit ist Sprecher der Firma Meta-Productions, die für Sat.1 die Sendung „Einspruch“ produziert. Sein Vorstoß bei der jungen Frau bleibt erfolglos. Ohne ihm überhaupt noch zu widersprechen, dreht sie sich um und kehrt wortlos in das Büro neben dem Kesselhaus zurück.

Der Herr Freiheit hat sich geirrt. Das Boot, von dem er sprach, ist gekentert. Jetzt schwimmen beide: Die Kulturbrauerei muß ohne die Miete von Sat.1 auskommen. Ulrich Meyer hat womöglich schon für seine Sendung in der nächsten Woche kein Studio mehr.

Um Randalen vor der Kulturbrauerei zu verhindern, sendet Sat.1 nicht live, sondern zeichnet die Sendung am Nachmittag auf. Dennoch haben sich vor dem Tor der Kulturbrauerei gut 150 Jugendliche der linksalter-



Stefan Rasche, Bassist von „Störkraft“, läßt in der Pause seine Maske erneuern

Rechtsradikalen noch gestoppt werden kann. Eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht ist bereits beantragt, hat aber keine Aussicht auf Erfolg. „Wir wollten denen auch schon den Strom abstellen“, sagt sie. „Aber die haben ja ihr eigenes Aggregat.“

327 3/10. 92
im Kesselhaus
dem Gelände und kündigt Sat 1 den Vertrag



gibt sich ungeschminkt, Sänger Jörg Pern.
Foto: Giant

von Rostock war die letzte Glut noch nicht verglüht, da lud Meyer Deutschlands Neonazi Nummer eins und mutmaßlichen Drahtzieher von Rostock ein, den Hamburger Christian Worch. Damals verhinderten Berliner Autonome Worchs Auftritt mit Gewalt. „Seitdem können

brauerei geht es nicht lediglich um einen Imageverlust. „Das geht an die Substanz“, sagt die Geschäftsführerin. Beides, „Einspruch“ und Treffpunkt für Deutsche und Ausländer, gehe nicht zusammen.

„Wir haben einen klaren Vertrag über einhundert Streitsendungen“, besteht Ulrich Meyer auf Einhaltung des Vertrages. Er erzählt von den Verhandlungen mit der Kulturbrauerei, die ungewöhnlich intensiv gewesen seien. Dabei sei stets klar gewesen, daß die Sendung keine harmonische Plauderei werden würde. „Jedenfalls gibt es für keinen Vermieter auch nur ansatzweise ein Mitspracherecht in redaktionellen Entscheidungen. Wohin kämen wir denn?“ fragt Meyer. Keine Zeitung und kein Magazin würde sich von einem Vermieter reinreden lassen.

Dem stimmt auch Angelika Weiz „im Prinzip“ zu. Doch ihr gehe es darum, den Rechtsradikalen kein Forum zu überlassen, von dem aus sie ihre Popularität nur steigern könnten. „Ich bin der heftigen Meinung“ entgegnet Meyer, „daß diese uralte Forderung falsch ist. Wir müssen einfach auch über dieses Thema reden.“

Die Leitung der Kulturbrauerei hat sich gegen „Einspruch“ entschieden, noch bevor sie weiß, was in der Sendung geschehen wird. Stefan Rasche, Bassist von Störkraft, erklärt, der deutsche Mann sei „härter“, „strebsamer“ und „ehrllicher“ als alle anderen. „Tapfer“ sei er na-

taz B. 30.10.92

Eine Bühne für Neonazis

■ Sat. 1 streitet sich mit Kulturbrauerei

Berlin. Zwischen Sat. 1 und der Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg gärt es. Hintergrund ist die gestrige Einladung von zwei Musikern der Neonazi-Rockband „Störkraft“ in die Talk-Show „Einspruch“, die regelmäßig im Kesselhaus auf dem Gelände an der Schönhauser Allee stattfindet.

Die Kulturbrauerei hatte zuvor erfolglos versucht, die Produktionsgesellschaft „Meta“ zu verpflichten, die Sendung zu unterlassen. Hintergrund war die Furcht vor Ausschreitungen zwischen linken und rechten Gruppen. In einem Schreiben an „Einspruch“-Moderator Ulrich Meyer protestieren die Mitarbeiter der Kulturbrauerei zudem gegen den wiederholten Mißbrauch ihres Ortes für Sendungen, in denen Rechtsex-

treme auftreten. Kulturbrauerei-Geschäftsführerin Angelika Weiz gestern zur taz: „Wir behalten uns weitere rechtliche Schritte vor.“ Der auf zwei Jahre befristete Vertrag zwischen Meta-Productions und der Kulturbrauerei gilt seit Frühjahr. Eine einseitige Kündigung sei dann möglich, wenn die Sicherheit auf dem Gelände gefährdet sei, so Weiz weiter.

Aus Sicherheitsgründen wurde die gestrige Sendung aus dem Kesselhaus schon am Nachmittag aufgezeichnet. Als Kontrahenten der rechtsextremen Musiker waren unter anderen der Rockbarde Rio Reiser und die Blues-Sängerin Joy Fleming geladen worden. Am Mittwoch abend hatten Unbekannte Buttersäure im Veranstaltungsort versprüht.

sev

Jörg Petritsch

An
Carsten S.
c/o "United Skins"
Postamt 2
Postfach 36
0-1600 Königs Wusterhausen

Hallo Carsten,

Ich habe Deinen/Euren Brief gelesen und habe natürlich Verständnis für Euren Ärger. Zunächst aber möchte ich Dir mitteilen, daß unser Auftritt bei "Einspruch" nicht peinlich war, wie Du es geschrieben hast. Insgesamt bewertet (natürlich gab es Schönheitsfehler) war der Auftritt sehr positiv - die Resonanz vor allem aus der Szene war großartig. Selbst die Zeitungsmeldungen linker Hetzblätter haben uns eindeutig als Sieger der Sendung dargestellt (Zeitungartikel liegt als Anlage bei).

Fast 3 Mio. Menschen haben die Sendung verfolgt, somit wurde eine riesiges Publikum erreicht, was wir sonst nicht haben - wir sind im Gespräch und nicht nur Störkraft sondern alle die, die die gleichen Ziele haben.

Natürlich stehen wir voll und ganz zu dem, was wir gemacht haben, doch der Druck auf uns wurde so stark, daß wir ihn kaum noch standhalten konnten. Der Verfassungsschutz versucht uns immer noch verbieten zu lassen, die Innenminister der Länder beraten derzeit darüber. Wir haben Anzeigen wegen Volksverhetzung laufen, auch das hindert an freier Entfaltung. Wir mußten gewisse Zugeständnisse in der Öffentlichkeit abgeben um vor Gericht besser dastehen zu können (ihr bezahlt ja schließlich nicht die Kosten und Strafen). Der Staat versucht uns zundtot zu machen, dies macht er durch Verbot oder finanzielle Ausmerzung. Sollte Störkraft also durch vielleicht unbedachte Äußerungen verboten werden, könnten wir gar keine Musik mehr machen und was nutzt das wohl ???

Nun zu dem Zitat: "Wir haben einfach keinen Bock mehr auf diesen Glatzenkonzerten zu spielen..."

Ich habe wie Du auch unschwer aus dem Zitat erkennen könnt nicht alle Glatzenkonzerte angesprochen, sondern nur solche, auf denen zu absolut unpassender Zeit der Mob ausgeflippt ist und zu

Liedern wie z.B. "gekaufte Realität, unter Freunden und der Alptrau Mann" -Sieg Heil- usw brüllten. Mit dem schreien von -Sieg Heil- bei diesen Liedern haben sich die anwesenden selbst deklassiert und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie die Lieder nicht verstenden haben und wohl auch nicht nachgedacht haben (sonst hätten sie dort nicht gebrüllt).

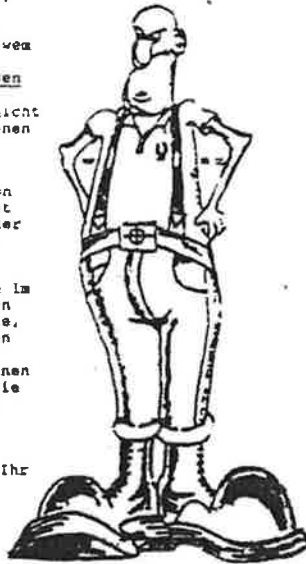
Natürlich waren solche Vorkommnisse nicht auf allen Glatzenkonzerte - die waren also nicht angesprochen. Ich gebe im nachhinein zu, daß ich das bei der Show genauer hätte erklären sollen, doch für mich war es hier was ich in dem Moment meinte, Du mußt auch sehen, daß es schwer ist, sich bei einem solchen Auftritt 100%ig zu konzentrieren.

Im übrigen kann ich nur sagen, daß die, die mich bzw. uns kennen wissen wie wir sind und was für Ziele wir haben. Die Leute, die immer zu uns gestanden haben werden dies auch in Zukunft tun. Ich hoffe, daß es auf zukünftigen Konzerten der Glatzenszene weniger Gewalt gibt und sich somit auch das Image ändert.

Ich danke, daß ich Euch mit diesem Brief ein wenig Licht ins Dunkel gebracht habe. Solltet Ihr weitere Fragen haben könnt Ihr Euch jederzeit bei mir melden.

Mit Gruß

Jörg Petritsch



Hier die Stellungnahme von Jörg auf meinen Brief den ich ihm unmittelbar nach der "Einspruch"sendung schrieb. Lest am besten erst den Artikel auf den hinteren Seiten und dann Jörgs Brief, damit diejenigen die nicht die Sendung sahen, wissen warum es geht. Um zu beweisen das ich keine Scheiße schreibe oder mir was ausdenke, kann ich bei Interesse das Video gern überspielen, vergeßt bitte nicht das Rückporto. Denn ich hab auch keine Milllion auf dem Konto!
